

STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT



SGSA, Sternstr. 3, 39104 Magdeburg

Herrn Ministerpräsident
Dr. Reiner Haseloff
Staatskanzlei
Hegelstraße 40-42
39104 Magdeburg

Städte- und Gemeindebund
Sachsen-Anhalt (SGSA)
- Landesgeschäftsstelle -
Sternstraße 3, 39104 Magdeburg

Telefon: 0391 5924-300
Telefax: 0391 5924-444

E-Mail: post@sgsa.info
Internet: www.kommunales-sachsen-anhalt.de

Sparkasse MagdeBurg
IBAN: DE56 8105 3272 0036 0029 00
BIC/SWIFT: NOLADE21MDG

Auskunft erteilt: Herr Küper
Durchwahl: 0391 5924-310

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen
Kü-he

Datum
02.07.2024

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Haseloff,

die alarmierenden Wahlergebnisse der vergangenen Europa- und Kommunalwahlen haben wir zur Kenntnis genommen. Jetzt gilt es, diese auszuwerten und Konsequenzen zu ziehen. Ein „einfach weiter so“ darf es nicht geben.

Die Städte und Gemeinden begrüßen es, dass Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, gemeinsam mit den Ost-Ministerpräsidenten in Wittenberg klare Worte gegenüber Bundeskanzler Olaf Scholz gefunden haben. Die berechtigte Kritik an der Ampel-Regierung sollte jedoch nicht von den Aufgaben und Herausforderungen in unserem Land selbst ablenken.

Wir fordern Landesregierung und Landtag auf, mit der kommunalen Familie in einen ernsthaften, lösungsorientierten Dialog zu treten, wie zukünftig Politik gestaltet, das Land verwaltet und finanzielle Ressourcen gerecht verteilt werden.

Dabei sollten nicht nur für die Kommunen, sondern auch für das Land klare Prioritäten festgelegt werden. Aufgrund der historischen Höhe des Landeshaushaltes sehen wir kein Einnahmeproblem, sondern insbesondere beim Land ein Ausgabeproblem. Angesichts dieser Tatsache ist es zu kurz gegriffen, den Kommunen fehlende Haushaltsdisziplin und finanzielle Unersättlichkeit vorzuwerfen. Ohne eine ernsthafte und im Schulterschluss vollzogene Politikwende, die auch dort zu spüren ist, wo die Menschen in unserem Land leben und Wirkung von Politik unmittelbar erfahren, wird es die Demokratie in unserem Land immer schwerer haben. Es ist wenig hilfreich, dass Städte und Gemeinden von Landesregierung und Landtag unter Generalverdacht gestellt werden, nicht regelkonform haushalten zu können bzw. zu wollen. Ohne gegenseitiges Vertrauen werden wir die Herausforderungen der kommenden Jahre nicht stemmen können.

Seit Jahren sehen wir den Sanierungsstau der öffentlichen Infrastruktur, seit Jahren fragen wir uns, ob eine Landesverwaltung in der gegenwärtigen Struktur und Größe für unser Land angemessen ist, seit Jahren steht in diversen Koalitionsverträgen das Bekenntnis zum Bürokratieabbau geschrieben. Seit Jahren bewegt sich aber in all diesen Punkten auch nichts.

Die Städte und Gemeinden bieten ihre konstruktive Mitarbeit an, um in diesen und weiteren Punkten einen echten Politikwechsel zu gestalten.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Dittmann
Präsident



Bernward Küper
Landesgeschäftsführer